

Jetzt zieht der Klima-Aktivismus ins biedere Auswärtige Amt ein

Welt, 09.02.2022, Clemens Wergin

https://www.welt.de/politik/ausland/plus236772821/Baerbock-beruft-Jennifer-Morgan-Jetzt-zieht-der-Klima-Aktivismus-ins-biedere-Auswaertige-Amt-ein.html?sc_src=email_1736418&sc_lid=168526702&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=7334&sc_cid=1736418&cid=email.crm.redaktion.newsletter.politik&sc_eh=94c824e22aa172ca1

Mit der Ernennung von Greenpeace-Chefin Jennifer Morgan zur Klimabeauftragten macht Annalena Baerbock ernst: Sie will eine Außenpolitik, in deren Zentrum der Klimaschutz steht. Das dürfte zulasten anderer Interessen der Bundesrepublik gehen.

Die Ampel-Koalition hatte versprochen, vieles anders zu machen, Deutschland umzukrempeln. Das will Bundesaußenministerin Annalena Baerbock nun offenbar mit einem Paukenschlag einlösen. Die zuerst vom „Spiegel“ gemeldete bevorstehende Ernennung der Greenpeace-Chefin und amerikanischen Staatsbürgerin Jennifer Morgan zur neuen Klimabeauftragten im Auswärtigen Amt ist ein entschlossener und ungewöhnlicher Schritt.

Es ist das erste Mal, dass eine Ausländerin auf einen so prominenten Regierungsposten im Außenressort gehoben wird, eine Frau, die erst eingebürgert werden muss, um später auch Staatssekretärin werden zu können. Und es bedeutet auch ein Aufbrechen des verkrusteten deutschen Beamtenstaates.

Anders etwa als in den USA sind deutsche Ministerien chronisch undurchlässig für Seiteneinsteiger, gewöhnlich gibt es nur zwei Besetzungsmuster: Entweder man ist Karrierebeamter und arbeitet sich langsam von unten nach oben, oder es handelt sich um politische Besetzungen, die der Logik von Parteikarrieren und Parteienproporz folgen.

Das ist einer der Gründe, warum in Deutschland so viele Ministerposten mit Leuten besetzt werden, die zunächst kaum eine Ahnung haben von ihrem Metier – das gilt etwa für die neue Verteidigungsministerin Christine Lambrecht, die vor ihrer Ernennung keinerlei Erfahrungen in der Sicherheitspolitik gesammelt hatte.

Greenpeace-Chefin Jennifer Morgan ist nun in gewisser Weise das Gegenmodell. Sie ist eine ausgewiesene Expertin in der Klimapolitik und dürfte auf diesem Gebiet zu einer der am besten vernetzten Persönlichkeiten weltweit gehören. Baerbock holt also ein Schwergewicht ins Ministerium. Und macht damit deutlich, dass sie es ernst meint damit, das Auswärtige Amt klimapolitisch neu auszurichten.

Morgan stammt aus New Jersey und hat Ende der 80er-Jahre zunächst ein Studium der Politikwissenschaft und Germanistik an der Indiana University in Bloomington absolviert. 1989 - bis kurz vor dem Mauerfall – studierte sie auch in Berlin, danach machte sie ihren Master in internationalen Beziehungen an der American University in Washington D.C.

Mit 21 Jahren fand sie zur Umweltbewegung

Angefangen hat sie als klassische linke Aktivistin. Dann habe sie mit 21 Jahren durch das Buch „Für den Frieden kämpfen“ der deutschen Grünen-Mitbegründerin Petra Kelly zur Umweltbewegung gefunden, sagt Morgan. „Ich weiß noch genau, wo ich war, als ich das Buch gelesen habe: In der Lounge meiner Uni, wo ich den Master gemacht habe“, erzählte sie in 2017 in einem Interview mit der Schweizer „Sonntagszeitung“. „Petra Kelly war die Erste, die das Persönliche mit dem Politischen zusammenbrachte: mit der Frauenbewegung, der Umweltbewegung, der Atombewegung und einem Systemwandel“, sagte Morgan. „Das war der Moment, als mein außen- und mein umweltpolitisches Interesse zusammenkamen.“

Mitte der 90er-Jahre leitete Morgan das Climate Action Network, zu einer Zeit, in der von Klimapolitik noch nicht viel die Rede war. Von 1998 bis 2006 verantwortete sie das Global Climate Change Program des WWF und war danach Direktorin von Klimaschutzprogrammen mehrerer Thinktanks, bevor sie 2016 mit Co-Direktorin Bunny McDiarmid an die Spitze von Greenpeace International wechselte.

Nun kann man sich fragen, warum die hiesigen Grünen, die wohl mächtigste grüne Partei der Welt, es nicht geschafft haben, bei ihrem Kernthema eine einheimische Umweltexpertin zu finden, die ähnlich scharf profiliert ist wie Morgan. Tatsächlich ist Morgan aber auch hierzulande gut vernetzt, spricht gut Deutsch und lebte jahrelang mit ihrer Partnerin in Berlin. Sie war 2017, im Jahr der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, im Klima-Beratergremium der Bundesregierung, war Mitglied im Rat der Bundesregierung für nachhaltige Entwicklung und saß im Beirat des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung. Ein Profi also in Sachen Klimaaktivismus.

Klimapolitik kollidiert oft mit deutschen Interessen

Und das ist denn wohl auch der Punkt, an dem sich an Morgan die Geister scheiden werden. Expertise hat sie zuhauf. Aber mit Morgan zieht eben auch der ungebändigte Klimaaktivismus ins Auswärtige Amt ein, und das dürfte zumindest für die klassische Außenpolitik ein Problem sein. Denn tatsächlich kollidiert Klimapolitik in vielerlei Hinsicht mit deutschen Interessen.

Das lässt sich derzeit etwa gut an der Ukraine-Krise ablesen: Die Kombination aus forcierter Klimawende und Atomausstieg hat zu einem deutschen Sonderweg geführt. Die Bundesrepublik muss vermehrt auf Gas als Übergangsenergieträger setzen – und gerät damit kurz- und mittelfristig in höhere politische Abhängigkeit von Russland.

Dafür steht etwa die höchst umstrittene deutsch-russische Gaspipeline Nord Stream 2. Sie beschädigt gerade in dieser Krisenzeit die geopolitischen Interessen Europas und macht die um ihre Unabhängigkeit kämpfende Ukraine durch Moskau erpressbar. Klimapolitik und Deutschlands geopolitische Interessen stehen hier also in einem Spannungsverhältnis.

Ähnliche Zielkonflikte werden sich im Verhältnis zum Unterdrückungsregime in China ergeben. Ministerin Baerbock hat gegenüber China weitaus schärfere Töne angeschlagen als ihr sozialdemokratischer Amtsvorgänger, sie will die

Menschenrechte stärker betonen und sieht den Westen in einem neuen Systemkonflikt mit Peking. Gleichzeitig wird China aber wie kein anderes Land geopolitisch profitieren von der Energiewende.

„China steht bereit, der große Gewinner zu sein“

„Die Klimawende wird enorme wirtschaftliche Folgen auf dem Globus haben, aber sie wird auch große Veränderungen herbeiführen, was die Weltkarte der Macht anbelangt“, schreibt etwa Daniel Yergin, ein Experte für die politischen Implikationen der Energiewirtschaft. „China steht bereit, der große Gewinner zu sein, Russland und die Ölexporteure im Mittleren Osten hingegen werden die großen Verlierer sein. Die USA werden wahrscheinlich irgendwo dazwischen fallen.“

Schließlich ist China der weltweit wichtigste Produzent von Lithium, der derzeit unersetzliche Rohstoff für die Herstellung von Batterien, wie sie in E-Autos, E-Fahrrädern und E-Rollern benutzt werden. Laut einem Bericht des European Council on Foreign Relations bezieht die EU mehr als 60 Prozent der kritischen Rohstoffe, die für die Energiewende benötigt werden, aus China. Das Land dominiert auch die Produktionskette für zentrale Elemente der Energiewende. So werden laut Yergin weltweit 80 Prozent der Batterien und 70 Prozent der Solarzellen in China produziert.

Es gibt also ein klares Spannungsverhältnis. Auf der einen Seite steht die Bedeutung Chinas für die europäische und deutsche Klimawende. Auf der anderen Seite stehen die von Baerbock gewollte wertebasierte Außenpolitik sowie Deutschlands Interesse, sich nicht in eine neue Abhängigkeit von einem autoritären Regime zu bringen, das nach globaler Dominanz strebt.

„Wir erleben gerade, dass uns die bisherige Trennung von Klima- und Energiepolitik und Außen- und Sicherheitspolitik auf die Füße fällt“, sagt etwa Ralf Fücks gegenüber WELT, ehemaliger Leiter der grünen Böll-Stiftung und heute Chef des Thinktanks Zentrum Liberale Moderne. „Unsere bisherige Energiewendestrategie war geopolitisch ignorant. Was fehlt, ist eine europäische Energie-Außenpolitik, die sich nicht nur an den Pariser Klimazielen orientiert, sondern sich auch Fragen der Rohstoff- und Energiesicherheit stellt und Abhängigkeiten von Russland und China abbaut.“

Die Aufgabe der Klimabeauftragten gerade im Auswärtigen Amt sollte es eigentlich sein, diese außenpolitischen Zielkonflikte einer forcierten Klimapolitik zu erkennen und auszubalancieren. Die Ernennung von Morgan hingegen spricht nicht für eine Balance, sondern für klare und einseitige Vorfahrt für den Klimaaktivismus - zulasten anderer außen- und sicherheitspolitischer Interessen des Landes.